

INHALT

1. Landtag verurteilt Morde von Paris
2. CDU fordert nach Fragestunde weiterhin den Entzug des Justizressorts
3. CDU wirft Regierungskoalition angesichts des Investitionsstaus Versäumnisse vor
4. Von PIRATEN geforderter Subventionsbericht wäre Innovationsbremse für Schleswig-Holstein
5. CDU: Effekthascherei der PIRATEN ist ein schlechter Ratgeber
6. CDU sagt weiter Nein zur Pflegekammer

21.01.2015

Landtag verurteilt Morde von Paris

CDU-Fraktionschef mahnt Differenzierung zwischen Islamismus und Islam an



Oppositionsführer Daniel Günther

Zwei Wochen nach den terroristischen Morden von Paris hat der Landtag heute gemeinsam der Opfer gedacht. Mit einem interfraktionellen Beschluss setzten die Fraktionen gemeinsam ein Signal für Freiheit und Demokratie. Darin verurteilt der Schleswig-Holsteinische Landtag die Morde. „Es gibt kein Ziel und keine Begründung, die terroristische Gewalt rechtfertigen können“, heißt es in dem Antrag weiter. Zu Beginn der Sitzung hatten die Parlamentarier eine Schweigeminute eingelegt.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther betonte in seiner Rede: „Diese abscheulichen Morde waren ein gezielter Angriff auf das Fundament Europas: auf die Meinungs- und

Pressefreiheit und unsere gesamte freiheitlich-demokratische Grundordnung. Unsere Freiheit wird aber immer stärker sein als jede Form von Extremismus und Terrorismus!“

In seiner Rede hob Günther auch die große Solidarität mit der Redaktion von „Charlie Hebdo“ hervor. Überall in Europa – auch in Schleswig-Holstein – hätten Menschen unterschiedlicher Religionen gemeinsam der Opfer gedacht. Gleichzeitig mahnte er eine sorgsame Differenzierung zwischen Islam und Islamismus an. „Gerade jetzt müssen wir sehr genau aufpassen und sorgfältig differenzieren. Wenn wir von Islamismus sprechen, dann darf das niemals gleich gesetzt werden mit dem Islam. Die Attentäter von Paris mögen zwar Muslime gewesen sein; aber das bedeutet nicht den Umkehrschluss. Genau das müssen wir vermitteln.“ Die überwiegende Mehrheit der Muslime lebe friedlich in Deutschland. Allerdings seien die islamischen Verbände in Deutschland auch gefordert, die notwendige Diskussion zu führen, forderte Günther.

Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Günther:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2015-01-21_Pressemeldung_4773.pdf

Gemeinsamer Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2600/drucksache-18-2656.pdf>

CDU fordert nach Fragestunde weiterhin den Entzug des Justizressorts Ministerin Spoorendonk zeigt mangelnden Aufklärungswillen



Barbara Ostmeier, justizpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion

80 Minuten dauerte die heutige Fragestunde zur Situation in der Justizvollzugsanstalt Lauerhof. Ministerin Spoorendonk fiel dabei noch hinter Aussagen zurück, die sie bereits in der Innen- und Rechtsausschusssitzung am 7. Januar oder sogar presseöffentlich getroffen hatte. Immer wieder verwies sie auf laufende Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Nicht einmal die Frage, wegen welcher Vergehen die vier Täter in der JVA einsaßen, beantwortete sie.

„Ich bleibe bei meiner Forderung an den Ministerpräsidenten, Frau Spoorendonk das Justizressort zu entziehen. Diese Fragestunde hat eindeutig unter Beweis gestellt, dass sie zu keinem Sachverhalt fachlich fundiert Stellung beziehen wollte oder konnte. Die Ministerin hat sogar Aussagen verweigert, zu denen sie verpflichtet gewesen wäre“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Daniel Günther im Anschluss an die Fragestunde.

Die Ministerin blieb bei ihrer Darstellung, die Leiterin der JVA-Lauerhof habe mit der Anweisung, keine Polizei zu rufen, keinen Fehler begangen. Schließlich habe es bislang keine eindeutige Regelung gegeben, die dies nach einer selbst beendeten Geiselnahme vorschreibe. Eine entsprechende Anordnung habe sie nun vor zwei Tagen gegeben.

„Wer nach einer Geiselnahme in seinem Verantwortungsbereich eine Dienstanweisung braucht, um unverzüglich Polizei und Staatsanwaltschaft einzuschalten, der darf keine JVA mit 300 Mitarbeitern führen. Wenn Spoorendonk das als Regelungsmangel verteidigt, erwartet sie von ihren leitenden Mitarbeitern keinen gesunden Menschenverstand, sondern nur das buchstabengetreue Abarbeiten von Dienstanweisungen. Das ist zu wenig“, erklärte CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier dazu.

Sie verstehe den heutigen Auftritt der Justizministerin insgesamt als Eingeständnis, dass diese Ministerin die Hintergründe der Tat zu Beginn völlig falsch bewertet habe.

Bezeichnend sei auch, dass fast einen Monat nach der Geiselnahme weder die Ministerin selbst, noch ein Mitglied der Hausspitze ein Gespräch mit den direkt betroffenen Mitarbeitern geführt habe.

„Neben der fachlichen Kompetenz scheint ihr in diesem Fall auch das Feingefühl für den Umgang mit im Dienst verletzten Mitarbeitern zu fehlen“, so Günther.

Link zur Pressemitteilung von Daniel Günther und Barbara Ostmeier

http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2015-01-21_Daniel_Guenther_Barbara_Ostmeier_4776.html

CDU wirft Regierungskoalition angesichts des Investitionsstaus Versäumnisse vor Arp: Infrastrukturbericht ist keine Bettelkür



Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp

Der Infrastrukturbericht des Landes Schleswig-Holstein wurde im vergangenen Dezember von Finanzministerin Heinold erstmals vorgestellt. Damit legte die Landesregierung eine Bestandsaufnahme des Sanierungs- und Investitionsbedarfs vor. Bis zum Jahr 2024 muss das Land Schleswig-Holstein demnach rund 4,85 Milliarden Euro in Straßen und öffentliche Gebäude investieren. Nach den Planungen von SPD, Grünen und SSW werden aber nur 2,7 Milliarden Euro ausgegeben.

„Wir arbeiten jetzt mit Navigationsgerät“, hatte Finanzministerin Heinold in ihrer Pressemitteilung vom 11. Dezember 2014 dazu mitgeteilt. „Das Navigationsgerät werden Sie künftig nur noch auf kaputten Straßen nutzen können“, konterte CDU-Redner Hans-Jörn Arp in seinem heutigen Debattenbeitrag. Denn der Infrastrukturbericht zeige, dass SPD, Grüne und SSW sich nicht gegen den zunehmenden Verfall unserer Straßen stemmten. „Die CDU hat gezeigt, dass es anders geht. Voraussetzung ist, dass man es will“, stellte Arp mit Verweis auf die Haushaltsanträge der Unionsfraktion klar.

Allein um die Landesstraßen auf dem Stand von 2013 zu erhalten, müssten jährlich rund 36 Millionen Euro investiert werden. Der Haushaltsplan weist jedoch nur 25 Millionen Euro pro Jahr aus. Auch bei den Hochschulen fehlen allein an Investitionsmitteln 66 Millionen Euro. „Die amtierende Regierung lässt die Hochschulen bluten und zahlt ihnen keinen Cent“, kommentierte der CDU-Abgeordnete.

Auch für die Finanzierung von Küstenschutzmaßnahmen und den Ausbau des Breitbandnetzes wird nach Ansicht der CDU deutlich zu wenig Geld zur Verfügung gestellt. „Angesichts von Rekordeinnahmen und des von Ihnen eingeräumten Investitionsstaus senken Sie die Investitionsquote auf den niedrigsten Wert aller Zeiten ab. Für Sie ist dieser Bericht reine Bettelkür“, so Arp.

Von PIRATEN geforderter Subventionsbericht wäre Innovationsbremse für Schleswig-Holstein CDU: Mittelstandsfeindliche Politik darf nicht weitergeführt werden



Wirtschaftspolitiker Johannes Callsen

In der heutigen Landtagsdebatte forderte die Fraktion der Piraten eine regelmäßige Auswertung und Überprüfung von Subventionen. Konkret fordern sie einen im Rhythmus von zwei Jahren erscheinenden Bericht. Bisher zieht das Wirtschaftsministerium alljährlich per Pressemitteilung Bilanz über Zahl und Branchen neu angesiedelter Unternehmen und neu geschaffener Arbeitsplätze.

Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, kritisierte den Antrag der Piraten, welcher weit über das Ziel hinausschieße. Schließlich würde so ein Bericht erhebliche Bürokratiekosten verursachen:

„Einen zusätzlichen Berg von Bürokratie, nach dem diese Landesregierung die Bürokratiekosten ohnehin schon dramatisch gesteigert hat. Dieser Aufwand wird ein Grund dafür gewesen sein, dass der letzte Subventionsbericht 2004 erstellt wurde. Und wirklich

vermisst hat ihn in den letzten 10 Jahren offenbar niemand,“ bemerkt Callsen in seiner Rede.

Solange Schleswig-Holstein im Wettbewerb mit anderen Bundesländern stehe, schwäche eine solche Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen den Mittelstand und vergraule Investoren, die sich in Schleswig-Holstein engagieren wollten. Schließlich leide Schleswig-Holstein schon länger unter der mittelstandsfeindlichen Politik dieser Landesregierung. Dass dabei leider die Zahl neuer Unternehmen und neuer Arbeitsplätze zurückgegangen ist, liege nicht unbedingt an den Förderprogrammen. „Dieser Antrag hat das Potenzial, zur größten Innovationsbremse in Schleswig-Holstein zu werden,“ so Callsen.

CDU: Effekthascherei der PIRATEN ist ein schlechter Ratgeber **Diskussion über Antrag zur Anhebung des Renteneintrittsalters für Minister**



Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein

In der heutigen Debatte wurde über das Renteneintrittsalter von Landesministern diskutiert. Die Fraktion der Piraten hatte dieses Thema angestoßen, um das geltende Recht für Beamte, deren Renteneintrittsalters bereits bei 67 Jahren liegt, nun auch für ehemalige Minister des Landes Schleswig-Holsteins geltend zu machen.

Insgesamt fand der Vorstoß der Piraten wenig Anklang in den Reihen der übrigen Fraktionen. Dr. Axel Bernstein, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, stimmte den Piraten insofern zu, dass es beim diesem Thema jede Menge Diskussionsbedarf gebe.

Bernstein zeigte sich offen weitere Gesprächen im Rahmen des Ausschusses zu diesem Thema zu führen. Er machte jedoch auch klar, dass er gegen populistische Forderungen nach Kürzungen bei politischen Ämtern ist, nur um dafür Applaus zu ernten.

CDU sagt weiter Nein zur Pflegekammer **Pflegekräfte demonstrieren gegen Regierungspläne**

Rund 500 Pflegekräfte, Vertreter der Arbeitgeber und der Gewerkschaften waren heute vor das Landeshaus gekommen, um gegen die von SPD, Grünen und SSW geplante Pflegekammer zu demonstrieren. Anlass war die Erste Lesung des Gesetzentwurfes, den die rot-grün-blaue Landesregierung Ende letzten Jahres in den Landtag eingebracht hatte. Hauptkritik der Pflegekräfte: Eine Pflegekammer könne die Probleme nicht lösen und habe keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten. Stattdessen greife sie den Pflegekräften in die Tasche.

Die CDU-Fraktion erneuerte ihre Unterstützung für die Pflegekräfte. In der Landtagsdebatte erklärte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann: „Wir sagen Nein zu einer Zwangsverkammerung.“ Die sei der falsche Weg. Vielmehr brauche es mehr Personal und Veränderungen in der Personalbemessung. „Gute Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und in Pflegeheimen müssen sein und auch über die Bezahlung in der Branche muss dringend geredet und verhandelt werden“, so die Abgeordnete. Diese ließe sich jedoch nicht über eine Zwangsverkammerung erreichen.

Gemeinsam mit den Piraten hatte die CDU-Fraktion beantragt, eine „freie und faire Befragung unter allen im Land Schleswig-Holstein in der Pflege Beschäftigten und im Sinne des Gesetzentwurfs in Frage kommenden Personen durchzuführen.“ Dies lehnten die Regierungsfractionen ab. Das zeige, ihre geringe Bereitschaft, einen konstruktiven Dialog mit den Betroffenen zu führen.

Eine Befragung von TNS Infratest vom Oktober 2013 wird von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite massiv angezweifelt, da nur 4,5 Prozent aller Betroffenen befragt wurden. Zudem sei den Befragten zuvor nicht mitgeteilt worden, dass eine Pflegekammer auch Pflichtbeiträge für sie bedeute.

Rede von Katja Rathje-Hoffmann

http://www.cdu.ltsh.de/media/2015-01-21_Pressemeldung_4777.pdf

Antrag von CDU und FDP

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2495.pdf>



Katja Rathje-Hoffmann, Sozialexpertin der CDU-Fraktion

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de